Sommer 2020
FCG-Magazin 02/2020 | MZ 10Z038725M
Erscheinungsort Wien | Österreichische Post AG

vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB



Auf dem Weg in die „neue Normalität“

BM Christine Aschbacher & KO August Wöginger im Interview

Adobe Stock - © Andreas Gillner

FCG

www.fcg.at

Eine starke GÖD-FCG



Im Mittelpunkt der Mensch

www.goedfcg.at

göd.fcg

Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.



Dr. Norbert Schnedl
Vorsitzender der FCG
Vizepräsident des ÖGB

Gemeinsam haben wir schon viel geschafft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Pandemie hat uns einmal mehr offenbart, dass wir Krisensituationen am besten durch **Solidarität, Verantwortungsbewusstsein und gesellschaftlichen Zusammenhalt** bewältigen können. Dabei ist es ungewiss, wie sich die aktuelle Situation weiter entwickeln wird. Dennoch sind wir im internationalen Vergleich mit niedrigen Infektionszahlen zweifellos auf einem guten Weg. Dies verdanken wir sowohl den **rechtzeitig getroffenen Maßnahmen** der Bundesregierung, den Abgeordneten aller Regierungsparteien, als auch der Disziplin der Bevölkerung. Es sind vor allem **die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,** welche trotz steigender Belastungen in vielen Bereichen durch ihren Fleiß, ihr großes Engagement und ihre Motivation zur Bewältigung der aktuellen Situation beitragen. Das verdient unser aller Wertschätzung und Dank!

Dieser Wille, die aktuelle Situation zum Wohl der Gesellschaft zu meistern, zeichnet unsere Kolleginnen und Kollegen in den vielen Berufen, die für die Gesellschaft systemrelevant sind, aus. Trotz der schrittweisen **Rückkehr zur Normalität** steigen die Anforderungen in vielen Bereichen. Die im Rahmen der Regierungsklausur am 15./16. Juni 2020 vorgestellten **Entlastungen setzen ein wertschätzendes Signal** in Richtung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Senkung der ersten Einkommenssteuerstufe von 25 Prozent auf 20 Prozent, die Erhöhung der Negativsteuer um 100 Euro pro Jahr für diejenigen, die keine Lohnsteuer zahlen, sowie der Kinderbonus in Höhe von 360 Euro pro Kind bei Bezug der Familienbeihilfe wirken sich neben dem Familienbonus Plus sowie dem Kurzarbeitsmodell zur Sicherung vieler Arbeitsplätze überaus positiv aus.Gust Wöginger, Abgeordneter zum Nationalrat, ÖVP-Klubobmann und ÖAAB-Chef, war bei der Umsetzung dieser großen Errungenschaften für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmner unser wichtiger und verlässlicher Partner.Auch unsere Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, Christine Aschbacher, hat unsere Anliegen sehr unterstützt.

Selbst wenn nach diesen außerordentlich herausfordernden Monaten die Erleichterungen deutlich spürbar sind, sollten wir sowohl im beruflichen als auch im privaten Umfeld weiterhin entsprechende Umsicht sowie Eigenverantwortung walten lassen, um uns als auch andere zu schützen. Wir dürfen „die Achtung vor dem Virus nicht verlieren", um den deutschen Virologen Christian Drosten zu zitieren.

Trotzdem ist Optimismus angebracht. Oder haben Sie je einen Pessimisten erlebt, der seine Ziele erreicht hat?

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen sowie erholsamen Sommer. Bleiben Sie bei bester Gesundheit! ■

Ihr Norbert Schnedl,
Bundesvorsitzender der FCG



Mag. Denis Strieder
FCG-Pressereferent

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

stellvertretend für unser „Vorrang Mensch"-Redaktionsteam hoffe ich, dass Sie die vergangenen Monate der Corona-Krise mit bestmöglicher Gesundheit überstanden haben und freuen uns, Ihnen weiterhin spannende Beiträge präsentieren zu dürfen!

Als zentralem Thema dieser Ausgabe widmen wir uns mit dem Hintergrund der Corona-Krise unserem neuen Projekt **„Soziallehre-Fahrplan - In 7 Stationen aus der Krise in eine neue Normalität!"**, sowie den besonders lesenswerten **Interviews** mit Bundesministerin Mag. **Christine Aschbacher** und ÖAAB-Bundesobmann KO Abg. z. NR **August Wöginger.**

Mit besonderer Freude möchte ich unsere Leserinnen und Leser auf unseren **neuen „Vorrang Mensch"-Blog** hinweisen. Unter **www.vorrang-mensch.blog** berichten wir über aktuelle Themen, die uns Christgewerkschafterinnen und Christgewerkschafter besonders am Herzen liegen.

Wir haben zudem unsere **FCG-Website modernisiert**, um unseren Mitgliedern weiterhin den bestmöglichen Service zu bieten. Darüber hinaus sind wir als **FCG Österreich** auf den bekanntesten **Social-Media-Plattformen Facebook, Instagram, Twitter und YouTube** vertreten und freuen uns sehr auf Ihren Besuch!

Im Namen des gesamten Teams wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre, einen schönen Sommer und beste Gesundheit! ■

Denis Strieder
Chefredakteur von „Vorrang Mensch"

Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend

Mag. Christine Aschbacher im Interview

mit „Vorrang Mensch“

Sie sind seit 7. Jänner 2020 Regierungsmitglied und als Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend zuständig – wie haben Sie die ersten fünf Monate Ihrer Amtszeit erlebt?

Früher gab es 100 Tage Einarbeitungszeit für eine neue Regierung, wir waren nach 100 Tagen mitten in der COVID-Krise. Dementsprechend waren die ersten Monate sehr intensiv und die Arbeitstage sehr lang. Zugleich haben wir vielen Menschen in der Krise helfen können. Privat war und ist mein Mann mein Held des Alltags, gemeinsam mit unseren Kindern. Ohne ihn wäre das alles derzeit nicht möglich.

Kurzarbeit – wie schätzen Sie den Erfolg dieser Maßnahme ein? Bedarf es hier noch eines weiteren Ausbaus der Kurzarbeit? Mehr finanzielle Mittel und Verlängerung?

Die Kurzarbeit wurde und wird sehr gut angenommen. Mit diesem Instrument konnten wir 1,3 Millionen Arbeitsplätze und Einkommen sichern. Derzeit stehen bis zu 12 Milliarden Euro zur Verfügung. Nach den ersten drei Monaten haben wir die Maßnahme um weitere drei Monate verlängert. Als Bundesregierung arbeiten wir gemeinsam tagtäglich daran, die Menschen bestmöglich zu unterstützen.

Wie gehen wir mit den vielen Arbeitslosen im Zuge der Corona-Krise um?

Unser Ziel ist es, Menschen rasch wieder in Beschäftigung zu bringen und Arbeitssuchende bestmöglich zu unterstützen. Jede und jeder Einzelne ist wichtig und jede Vermittlung ein Erfolg. Wir stellen dafür einen breiten Mix an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bereit. Für Arbeitslose wird es eine Einmalunterstützung in Höhe von 450 Euro geben. Eine wichtige Maßnahme ist der Neustartbonus. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im ersten Schritt noch keinen Job im vollen Ausmaß oder im bisherigen Beruf finden, wird das Gehalt auf rund 80 Prozent des bisherigen Gehalts aufgestockt. Für Betriebe ist es mit diesem Instrument leichter, entweder ihr Stammpersonal wieder aufzunehmen, oder neue Kräfte zu finden.

Wird die Arbeitswelt in Österreich nach überstandener Corona-Krise eine andere sein?

Die Arbeitswelt verändert sich ständig. Wir werden die Erfahrungen analysieren und die Learnings aus der Krise mitnehmen. Schon jetzt sehen wir, dass Home-Office gut funktioniert und Unternehmen im digitalen Bereich immer besser aufgestellt sind. Es gibt zum Beispiel mehr Videokonferenzen, Onlineplattformen werden mehr genützt.



Foto: © Glaser

Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, Mag. Christine Aschbacher

Home-Office wurde von einigen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern als eine Art Urlaub betrachtet – verändert sich hier die Wahrnehmung und wird es künftig deutlich mehr Vereinbarungen diesbezüglich geben?

Home-Office hat durch die Krise stärkere Berücksichtigung erlebt. Studien zeigen, dass im Home-Office während der Corona-Krise die Produktivität nicht gesunken ist. Ich denke, sowohl Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist klar, dass Home-Office Arbeitszeit ist.

Wenn sich durch Home-Office der Arbeitsmitteleinsatz hin zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verlagert, muss dies künftig bei Arbeitsverträgen finanziell berücksichtigt werden?

Der Arbeitgeber ist auch jetzt für die Bereitstellung von Arbeitsmitteln wie Laptop, Monitor, Tastatur, IT-Systeme und bei Bedarf Diensthandy zuständig. Um auf Bedürfnisse und Erfordernisse in diesem Bereich weiter eingehen zu können, werden wir auch über die Krise hinaus die Nutzung von Home-Office genau beobachten.

In welche Richtung soll sich die Jugend- und Familienpolitik in Österreich entwickeln?

Mir sind zwei Punkte besonders wichtig: Echte Wahlfreiheit für Familien und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kinder und Jugendliche sollen zu eigenverantwortlichen Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen. Daher ist es zentral, sie aktiv teilhaben zu lassen.



Bundesvorsitzender Dr. Schnedl, Bundesfrauenvorsitzende Gabriel, Generalsekretär Gjecaj und ÖAAB-Generalsekretär Abg. z. NR Zarits zu Gast bei BM Aschbacher

Haben wir es bereits mit einer „Generation Corona" unter den Jugendlichen zu tun, die eines Tages als „Coronials" bezeichnet werden?

Die Jugendlichen von heute dürfen nicht die Verlierer von morgen sein. Jugendliche werden die Auswirkungen der aktuellen Krise leider noch länger spüren, sie brauchen daher unsere Unterstützung in vielerlei Hinsicht. Wir haben die Taskforce für Jugendbeschäftigung ins Leben gerufen, wo wir ministerienübergreifend zusammenarbeiten.

Gibt es noch etwas, das Sie zum Schluss unseren Leserinnen und Lesern mit auf den Weg geben möchten?

Familien haben in den vergangenen Wochen Großartiges geleistet. Daher möchte ich allen Eltern Dankeschön sagen und ihnen mitgeben: Seien wir nicht zu streng mit uns. Der dänische Familienexperte Jesper Juul hat gesagt, dass selbst die besten Eltern mindestens 20 Fehler pro Tag machen. Wenn wir mit unseren Kindern auf diese Zeit zurückschauen, können wir stolz darauf sein, dass wir es gemeinsam gut geschafft haben. ■

Dokumentation des Wahlerfolgs von Sebastian Kurz

EINE WISSENSCHAFTLICHE BESTANDSAUFNAHME über das turbulente und an Premieren reiche Jahr 2019 liefert das „Jahrbuch für Politik 2019" der Politischen Akademie. In 45 Beiträgen auf 553 Seiten dokumentieren Wissenschaftler und Praktiker das politische und zeitgeschichtliche Geschehen des Jahres 2019.

Erstellt wird das **„Jahrbuch für Politik"** von der Politischen Akademie der Volkspartei. Deren Präsidentin Bettina Rausch sieht „die wissenschaftliche Aufarbeitung politischer Ereignisse als wichtigen Teil unserer Aufgabe als Politische Akademie". Sie will mit diesem Werk „zu einer sachlichen Debatte über Politik" beitragen und „wesentliche politische Entwicklungen für die Nachwelt dokumentieren". Herausgeber des Jahrbuchs sind Andreas Khol, Stefan Karner, Wolfgang Sobotka, Bettina Rausch, Günther Ofner und Dietmar Halper.

Im Mittelpunkt steht heuer die durch den FPÖ-Ibiza-Skandal ausgelöste Neuwahl. Der renommierte Politikexperte Thomas Hofer beschreibt und bewertet die strategischen Entscheidungen der Parteien nach Ibiza und der folgenden Nationalratswahl. Politikberaterin Heidi Glück analysiert den Wahlkampf und die Gründe für den Wahlerfolg von Sebastian Kurz. Bettina Rausch, Präsidentin der Politischen Akademie, dokumentiert die Premieren, mit denen das Parlament in diesem Jahr konfrontiert war - von der erstmaligen Abwahl einer Bundesregierung bis zur ersten Regierungserklärung einer Bundeskanzlerin. Die Meinungsforscher Fritz Plasser und Franz Sommer liefern den detaillierten demoskopischen Hintergrund zu den Eckpunkten des Wahlkampfes und zum Wahlergebnis. Mit den Umwälzungen in der Parteilandschaft beschäftigen sich die frühere grüne Kommunikationschefin Karin Strobl („Das Comeback der Grünen"), der freiheitliche Publizist Andreas Mölzer („Das war die Strache-FPÖ") und der Journalist Claus Reitan („Peter Pilz – ein Mann der ersten Stunde, der das Licht abdrehen musste"). ■



Jahrbuch für Politik 2019

Andreas Khol, Stefan Karner, Wolfgang Sobotka, Bettina Rausch, Günther Ofner, Dietmar Halper (Hrsg.)

Böhlau Verlag, 2020

553 Seiten, Paperback, € 47,–

erhältlich im Buchhandel und auf www.politische-akademie.at

SOZIALLEHRE-FAHRPLAN:

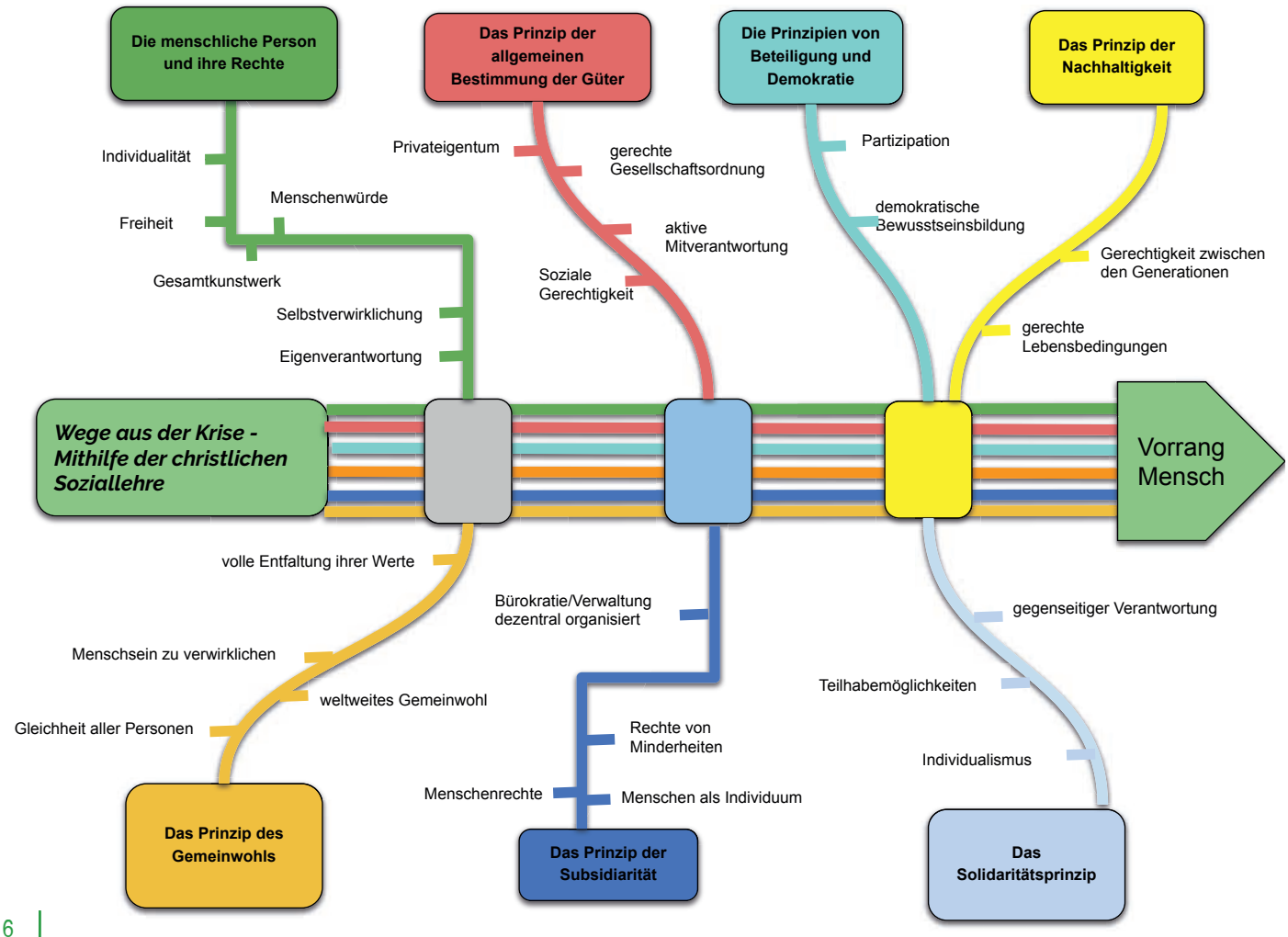
In 7 Stationen von der Krise

Ein hochaktuelles Gemeinschaftsprojekt der FCG ist gerade im Entstehen: Franz Gosch und Andreas Gjecaj entwickeln gemeinsam – anhand unserer Werte aus der „Christlichen Soziallehre" – Stationen, die uns auf dem Weg aus der Krise in eine „neue Normalität" führen.

Die Ergebnisse dieser Kooperation sind auf den jeweiligen FCG-Homepages, der FCG-Bundesfraktion und der FCG-GPAdjp, täglich aktuell zu verfolgen bzw. auch im neuen „Vorrang-Mensch-Blog" zu finden. Neben den Texten wird es auch „Podcasts" (Beiträge zum Anhören) und Videos geben – einfach öfter einmal hineinklicken!

Auslöser war das Frühjahr 2020: **Das Corona-Virus**, gegen das es immer noch kein Medikament und keine Impfung gibt, hat in großen Teilen der Welt das öffentliche Leben lahmgelegt. In einzelnen europäischen Staaten sind über 20.000 Tote zu beklagen. Die österreichische Bundesregierung hat seit Mitte März mit einem „lock-down" reagiert und weil die Bevölkerung – unter beispielhafter Einbindung der Sozialpartner – sämtliche Schließungen und Maßnahmen mitgetragen hat, konnte Schlimmeres verhindert werden. Aber wochenlang standen Betriebe still, wurde in Schulen nicht unterrichtet und litten Menschen unter Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und unter Besuchsverboten. In Österreich waren rund eine Million Menschen in Kurzarbeit und rund 500.000 sind arbeitslos. In seltener Einigkeit sprechen sämtliche Wirtschaftsforscher/innen von der **größten Krise seit dem 2. Weltkrieg.** Also könnte der sehnlichste Wunsch lauten: **„Am besten im Eilzugtempo ein „comeback" schaffen,** bei dem sich die Wirtschaft erholt, die Schüler/innen den versäumten Stoff nachholen und dann bald wieder alles beim Alten ist!"

Doch halt! **Wollen wir das wirklich?** Ein Leben schnell und laut? Oder richtiger: immer schneller, immer lauter? Und damit zurück in jenes Leben, das wir bisher als „normal"



in eine „neue Normalität“

bezeichnet haben? Oder gehen wir das Wagnis ein, mit einem „Fahrplan“ zu starten, der auch Stationen kennt, die uns zum Nachdenken einladen: Entdecken wir Gutes, das sich erst in schweren Zeiten bewährt. Und gleichzeitig Dinge, die bisher unverzichtbar erschienen und dabei gar nicht fehlen. In Venedig schwimmen wieder Fische in den Kanälen, am Bosporus sieht man statt der Öltanker Delfine und der blaue Himmel wird von keinen Flugzeugen durchkreuzt – alles Hinweise für mögliche Veränderungen. Wenn wir also nicht „automatisch“ zurück zu alten Mustern wollen wird es ein gemeinsames Nachdenken brauchen über „das, was besser bleibt!“ Wenn wir uns auf das Wesentliche besinnen, dann können jene Werte, die wir als FCG aus der „Christlichen Soziallehre“ schöpfen, hilfreiche Stationen auf der Fahrt in eine „neue Normalität“ sein: Werte, die wirklich zählen! So bietet die Soziallehre wertvolle Orientierungen für eine „neue Normalität“ – nach Bewältigung der Krise:

VORRANG MENSCH: Wir müssen uns Bereiche bewahren, die wir nicht unter dem Kosten-Nutzen-Kalkül der Wirtschaft betrachten dürfen, weil es um die Menschenwürde geht. Ein Beispiel dafür ist das Geschenk des Sonntags.



GEMEINWOHL: Die Globalisierung darf sich nicht ausschließlich an wirtschaftlichen Erfordernissen orientieren, sondern muss universelles Gemeinwohl schaffen. Dazu braucht es internationale Ordnungsrahmen.

GERECHTE VERTEILUNG: Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, die zum Leben notwendigen Güter der Erde in Anspruch zu nehmen. Dies erfordert, Angst und Gier zu beherrschen und gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln.

SUBSIDIARITÄT: In vielen Familien wurde in der Krise Großartiges geleistet. Für die Zukunft ist für Familien der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lebensraum sicherzustellen. Und es braucht gesellschaftliche Balance.

LEBENDIGE DEMOKRATIE: Um die Demokratie in der EU zu stärken, dürfen wir die EU nicht zu einem Projekt der Kommissionen und Kommissare verkommen lassen, sondern müssen uns als aktive Bürger/innen politisch engagieren.

SOLIDARITÄT: Der weltweiten Pandemie, die Menschen völlig unterschiedlich getroffen und Ungerechtigkeit aufgedeckt hat, muss eine „Pandemie der Solidarität“ folgen, die Gerechtigkeit fördert, um Solidarität wachsen zu lassen.

NACHHALTIGKEIT: Beim Neustart nach der wirtschaftlichen Talsohle müssen wir statt eines „freien Marktes“ einen „fairen Markt“ schaffen, der eine neue Balance zwischen Wirtschaft, Sozialstaat und Schutz der Umwelt herstellt. ■

Die Beiträge sind in Gesamtlänge auf den Homepages zu finden, dazu zahlreiche weiter Infos – viel Freude beim Suchen und Finden wünschen Franz Gosch und Andreas Gjecaj

Information zur Regierungsklausur am 15./16. Juni 2020:

Deutliche Entlastungen für ArbeitnehmerInnen geplant!

Die Bundesregierung setzt richtige Schwerpunkte.
U. a. sind folgende Verbesserungen geplant:

- Senkung der ersten Einkommenssteuerstufe von 25 Prozent auf 20 Prozent!
- Kinderbonus in Höhe von 360 Euro pro Kind bei Bezug der Familienbeihilfe. Zusätzlich zum Familienbonus Plus!
- Familienhärteausgleich: Finanzielle Unterstützung für Familien in Höhe von bis zu 3.600 Euro!
- Arbeitslosenunterstützung: einmalige Ausbezahlung im September von 450 Euro!
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine Steuern zahlen, erhalten bis zu 100 Euro!

www.fcg.at



FCG Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB

ÖAAB-Bundesobmann KO Abg .z. NR
August WÖGINGER im Interview
mit „Vorrang Mensch“

Lieber Gust, als ÖVP-Klubobmann und ÖAAB-Bundesobmann bist du bereits zum zweiten Mal Klubobmann der führenden Regierungspartei - wie hast du die ersten fünf Monate deiner zweiten Amtszeit erlebt?

Der ÖVP-Parlamentsklub und die Arbeit im Hohen Haus sind mir eine Herzensangelegenheit. Daher war es eine große Freude, als ich einstimmig zum Klubobmann wiedergewählt wurde. Natürlich hat die Corona-Krise unser aller Leben auf den Kopf gestellt. Eine riesige Herausforderung ist hier Mitte März auf uns zugekommen. Aber wir haben im Parlament gemeinsam mit der Bundesregierung alles getan, um das Virus einzudämmen, die Menschen zu schützen, und gleichzeitig die Arbeitsplätze und die Wirtschaft zu retten.

Es gilt momentan so viel Freiheit wie möglich zu geben, aber auch so viele Einschränkungen wie notwendig beizubehalten – werden diese Einschränkungen durch die Corona-Krise in absehbarer Zeit wieder gänzlich aufgehoben?

Der Lockdown war alternativlos. Die Zahlen haben das klar bestätigt. Für uns hat die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität. Der Vergleich mit unseren Nachbarländern zeigt, dass diese Vorgangsweise richtig war. Wir werden eine andere Normalität haben. Es geht nur schrittweise zurück in unser gewohntes Leben, die Entwicklung der Infektionszahlen muss man dabei immer im Auge behalten. Was beispielsweise in Wien und Niederösterreich Mitte Mai passiert ist, ist der Beweis dafür, dass Corona nicht vorbei ist.

Wie beurteilst du andere Staaten beim Umgang mit der Corona-Krise – beispielsweise innerhalb der EU oder in Übersee z.B. die USA?

Österreich ist bei weitem besser durch die Krise gekommen als viele andere Länder. Wir haben rasch, konsequent und richtig gehandelt. Dass wir Österreich in Zwei-Wochen-Schritten hochfahren können und das Comeback einleiten geht nur, weil wir Dank der Maßnahmen der Bundesregierung und der Disziplin der Bevölkerung niedrige Infektionszahlen haben.

Es wurden seitens der Regierung mehrere sozialpolitische Maßnahmen wie der Familienhärtefallfonds auf den Weg gebracht – werden noch weitere Maßnahmen folgen?

Die Corona-Krise hat enorme Auswirkungen auf viele Bereiche unseres Lebens. Daher haben wir einen rot-weiß-roten Schutzschirm im Umfang von 38 Milliarden Euro gespannt. Gerade für viele Familien hat sich die finanzielle Situation in den letzten Wochen durch die Pandemie deutlich verschlechtert. Die Bundesregierung hat deshalb den Familienhärtefonds auf 60 Millionen Euro aufgestockt. Ein Beispiel dazu: Eine Familie mit zwei Kindern, in der die Mutter vor der Krise 2.000 Euro netto erhielt und nun arbeitslos ist, der Vater teilzeitbeschäftigt ist und 800 Euro netto verdient, erhält aus dem Familienhärtefonds eine Unterstützung in der Höhe von 2.340 Euro. Damit kann Familien, die unverschuldet in finanzielle Not geraten sind, geholfen werden.

Du machst dich für eine Corona-Prämie für Betriebe und den öffentlichen Dienst stark – wie soll diese Maßnahme genau aussehen?

Die Corona-Prämie ermöglicht es, Zulagen und Bonuszahlungen, die aufgrund der Krise geleistet werden, bis zu einem Betrag von 3.000 Euro im Jahr 2020 steuerfrei zu stellen. Ein Modell, das der ÖAAB entwickelt hat. Das bedeutet bares Geld auf die Hand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Wie geht es mit der Pendlerpauschale weiter in Zeiten von Home-Office?

Viele Menschen verrichten ihre Arbeit noch immer von zu Hause aus. Hier hat Unklarheit geherrscht, ob die Pendlerpauschale in Anspruch genommen werden kann. Hier konnten wir rasch und unkompliziert die Menschen beruhigen: Auch für die Zeit des Teleworkings oder einer Dienstverhinderung gilt die Pendlerpauschale weiter. Außerdem können weiterhin steuerfreie Überstundenzuschläge sowie Schutz-, Erschwernis- und Gefahren-Zulagen gewährt werden.

Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um wirtschaftlich bestmöglich aus der Krise zu kommen?

Gerade jetzt geht es darum, unser Land wieder nach vorne zu bringen und den Standort zu seiner alten Stärke zurückzuführen. Gemeinsam mit Sebastian Kurz wollen wir alles daran setzen, um ein Comeback für Österreich zu erreichen, an dem wir alle beteiligt sein werden. Drei


Foto: © Sabine Klimpt

Ansätze sollen dabei verfolgt werden: Eine Steuerentlastung für arbeitende Menschen, ein Steuerpaket für die Wirtschaft und Investitionen in Klimaschutz, sowie Digitalisierung und die Regionalisierung. So kann ein Neustart Österreichs gelingen.

Wie haben sich deine persönlichen Lebensumstände (beruflich und privat) durch Corona verändert?

Ich glaube, es hat in all unseren Köpfen ein Umdenkprozess stattgefunden. Die Zeit des Lockdowns war sehr entschleunigend. Der parlamentarische Betrieb lief zwar weiter, war aber dennoch ein anderer. Wir haben allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Parlamentsklub ermöglicht, so viel es geht im Homeoffice zu erledigen, dadurch war es an manchen Tagen rund um mein Büro sehr leer. Aber die Zusammenarbeit, auch dank Videokonferenzen, hat wunderbar geklappt. Manches aus dieser Zeit kann man durchaus beibehalten – insbesondere die digitalen Meetings erleichtern Vieles und lange Anreisen aus den Bundesländern fallen weg.

Gibt es noch etwas, das du zum Schluss unseren Leserinnen und Lesern mit auf den Weg geben möchtest?

Ich möchte mich bei allen Österreicherinnen und Österreichern bedanken, dass sie sich an die Situation angepasst haben und die Vorgaben zum Schutz aller nach wie vor umsetzen. Das kann man gar nicht oft genug sagen: Nur durch diese große Disziplin und den Zusammenhalt sind wir auf einem guten Weg raus aus der Krise. In dieser schwierigen Zeit stechen einige Berufsgruppen besonders heraus, ohne die unsere öffentliche Ordnung und die Versorgung mit dem Notwendigsten nicht möglich gewesen wäre. All jenen gehört unsere größte Dankbarkeit. ■

Diskriminierung und Misshandlung Älterer kein Kavaliersdelikt!

ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN WELTTAGS GEGEN DISKRIMINIERUNG UND MISSHANDLUNG älterer Menschen am 15. Juni möchten die FCG Pensionistinnen und Pensionisten das Bewusstsein für derartige Vorfälle schärfen.

„Am heutigen Tag legen wir unser Augenmerk auf die vielen älteren Menschen, die physischer oder psychischer Gewalt ausgesetzt sind. Die Taten reichen von verbalen Angriffen über finanzielle Ausbeutung, emotionale Vernachlässigung hin zur Gewaltanwendung gegen Seniorinnen und Senioren. Diese schäbigen Handlungen gegen oft wehrlose ältere Menschen dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben!“, stellt Kurt Kumhofer, Bundesvorsitzender der FCG-Pensionistinnen und Pensionisten, klar.


© Friessnegg

Kurt Kumhofer
Bundesvorsitzender der FCG-Pensionistinnen und Pensionisten

Wir möchten Betroffene dazu ermutigen Hilfe zu suchen und sich an Behörden oder Vertrauenspersonen zu wenden, sofern sie Opfer von Diskriminierungen oder Misshandlungen werden.

Gemäß Studien geben rund fünf Prozent der Seniorinnen und Senioren an, Diskriminierungen oder Gewaltanwendungen am eigenen Leib erfahren zu haben. Hierbei handelt es sich oft um körperlich schwache oder kranke Menschen, die auf die Hilfe ihrer Mitmenschen angewiesen sind.

„Überlastungen, beispielsweise durch pflegende Verwandte, dürfen keine Ausrede für die Ausübung psychischer oder physischer Gewalt sein. Das zentrale Ziel muss sein, in Würde und ohne Diskriminierung alt werden zu können“, schließt Kurt Kumhofer. ■

Zur aktuellen Corona-Krise

Monika Gabriel, FCG-Bundesfrauenvorsitzende

Unser „gewohntes“ Leben wurde Anfang März 2020 „ein anderes“. Plötzlich waren wir „in der Hand einer Pandemie“ und anfangs wohl alle etwas „paralysiert“, da keiner von uns diesbezügliche Erfahrungswerte hatte. Auch unsere PolitikerInnen nicht.

Von heute auf morgen mussten die richtigen Entscheidungen zur richtigen Zeit für die gesamte Bevölkerung getroffen werden. Ge- und Verbote sollten sich die Waage halten, Eigenverantwortung und Hausverstand wurden schlagartig täglich zu hörende Vokabeln, damit möglichst viele Menschen die Pandemie überstehen.

Meinem Empfinden nach hat unsere Regierung rasch, **human**, transparent und mit Weitblick gehandelt. Nahezu im gesamten Staat kam es zu einer ungeplanten und ungewollten „Vollbremsung“ samt „neuer Gemächlichkeit“ und Reduzierung auf das Wesentliche.

Besonders gefordert waren unter anderem LebensmittelverkäuferInnen, ÄrztInnen, PflegefachkräfteInnen, PolizistInnen, SoldatInnen, ElementarpädagogInnen, LehrerInnen, UniversitätsprofessorInnen, AssistentInnen und viele andere Berufsgruppen.



Monika Gabriel
Bundesfrauenvorsitzende der FCG

In vielen dieser nur beispielhaft aufgezählten Berufsgruppen sind Frauen **systemrelevant** in Beschäftigung. Beispielsweise beträgt der **Anteil der Frauen in der Krankenpflege 64 %, im LehrerInnenbereich rund 60 % und im Verkauf sogar über 80 %!**

Mein besonderer Dank gilt allen Frauen, die zur Bewältigung dieser Krisenzeit im Berufs-, aber vor allem auch im Familienleben dazu beigetragen haben, diese Zeit erträglicher zu gestalten. Frauen, die zusätzlich auch in unverzichtbaren Bereichen erwerbstätig waren, gilt zudem meine persönliche Hochachtung aufgrund der Bewältigung dieser zusätzlichen gesellschafts- und familienpolitischen Herausforderungen. Die ÖGB-Frauen fordern für all diese Frauen eine finanziell spürbare Anerkennung. Manche Firmen und Betriebe haben bereits Geld in die Hand genommen und die zusätzlichen Leistungen mittels Belohnung ein wenig honoriert.

Die Kombination aus der beruflichen Arbeit im Home-Office und der gleichzeitigen Bewältigung der sozialen Herausforderungen führte zu einem „neu“ entstandenen Mehrfachstress samt Mehrfachbelastung innerhalb der eigenen vier Wände. Diese Belastung trifft insbesondere Frauen, die nicht nur ihre **beruflichen Aufgaben mit Engagement, Sach- und Fachverstand erfüllen**, sondern darüber hinaus auch Kinderbetreuung, Haushaltsführung, Pflegebetreuung und vieles mehr leisten.

Selbstverständlich gilt mein Dank aber auch jenen Paaren mit Kindern, die auf echter Augenhöhe und mit einer praktikablen, fairen Aufgabenverteilung die Krise gemeistert haben.

Vielleicht hat uns diese Epidemie auch etwas Positives gezeigt, nämlich **„ein wenig umzudenken“**, die zwangsweise vorhandene Entschleunigung anzunehmen und insgesamt mehr **Rücksicht aufeinander** zu nehmen. Ich wünsche uns allen, dass nach der Corona Krise wieder mehr **„Wir-Gefühl“**-Solidarität, mehr **Lebensfreude**, mehr **Balance**, mehr **Aufmerksamkeit** und mehr **Achtsamkeit** vorhanden sind, sowie einen erhöhten **Respekt** und bewussteren Umgang mit unserer Umwelt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute und „Xundheit“. Dort, wo es notwendig ist weiterhin bitte auch auf den physischen Abstand achten, denn der **Abstand** ist der neue **Anstand**! ■

Ihre Monika Gabriel

Neuer Blog „Vorrang Mensch”

Besuch uns auf unserem neuen „Vorrang Mensch“-Blog und lass dich inspirieren!

www.vorrang-mensch.blog



KOMMENTAR

Im Notfall Staat – ein Lernprozess

IM NORMALFALL SAGT DIE WIRTSCHAFT: DIE „UNSICHTBARE HAND DES MARKTES“ regelt alles. Daher so wenig Einmischung, so wenig Staat wie möglich! Im Krisenfall, so zeigt es die Corona-Pandemie, ist diese „Wunderhand“ des Marktes wirklich unsichtbar und unwirksam. Plötzlich ist Geld vom Staat gefragt. Warum?

Produktion

Produktion braucht die Arbeit. Ohne Mitarbeiter keine Wertschöpfung, kein Gewinn für Unternehmer. Selbst Computer, Roboter und Maschinen brauchen intellektuelle und manuelle Arbeit. Andererseits gibt es ohne Unternehmer auch keine Lohnarbeit.

Angebot und Nachfrage

Angebot und Nachfrage regeln den Markt über den Preis. Aber ohne bezahlte Lohnarbeit kein Konsum, denn ohne Geld kann niemand Waren kaufen. Mehr Lohn bringt mehr Konsum, daher jetzt die Forderung der Wirtschaft nach „geschenkten“ (aus Steuergeld bezahlten) Gutscheinen.

Arbeit und Gesundheit

Vorfälle in Verteilerzentren, Vorschriften für Handel und Gastronomie zeigen den Zusammenhang zwischen Arbeit und Gesundheit. Damit wird die Bedeutung der Arbeitsschutzgesetze wieder bewusst. Selbst wenn das etwas kostet: Arbeit darf nicht krank machen, um menschengerecht und für die Wirtschaft einträglich zu sein.

Im Krisenfall Sozialstaat

Die Diskussion um Arbeit und Gesundheit, um gerechten Lohn, um Arbeitszeit und Urlaub, erhält neue Aktualität. Die Krise in der Wirtschaft macht bewusst, dass Sozialpartnerschaft nicht nur den Arbeitern und ihren Familien, sondern auch der Wirtschaft nützt: Sie sichert auf Dauer Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und Wertschöpfung, aber auch den Lebensstandard vieler.



***Alfred Zankanella (76)** ist Theologe und leitet die Bibliothek des Karl-Kummer-Instituts in Wien*

Ziel der Wirtschaft: Gemeinwohl

Die Maßnahmen der Regierung zur Bewältigung der Krise zeigen: Ziel des Wirtschaftens und der Regeln für die Wirtschaft ist ein menschenwürdiges Leben aller Bürger mit umfassender Versorgung. Die Christliche Soziallehre nennt es seit der ersten „Arbeiterenzyklika“ 1891 (Rerum Novarum): das Gemeinwohl.

Das meinen auch wir in der FCG mit: „Vorrang Mensch“! ■

da capo al fine



***Andreas Gjecaj**
FCG-Generalsekretär*

Wege aus der Krise

DER „VORRANG-MENSCH-BLOG“ ist die digitale Erweiterung unseres Magazins. Gelungen ist dies unserem Pressereferenten Denis Strieder im Frühjahr 2020 und die ersten Blogs beschreiben, wie wir – auf dem Wertefundament der „Christlichen Soziallehre“ stehend – von der Krise in eine „neue Normalität“ gelangen können.

Wenn wir uns an den Werten der Soziallehre orientieren, wird sehr schnell klar, dass uns unser bisheriger „way of life“ in eine – für den ganzen Planeten bedrohliche – Schieflage gebracht hat. Ein **globalisierter Markt ohne Regeln** kennt nur Angebot und Nachfrage. Wenn man ihn nicht bändigt, kommen Menschen und ganze Gesellschaften unter die Räder. Neben der Zähmung des Marktes durch soziale und ökologische Rahmenbedingungen muss auch eine **neue Balance** zwischen einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, einem solidarischen Sozialstaat und dem Schutz der Umwelt gefunden werden. Damit wird im Kern unser Menschen- und Weltbild angesprochen. Tomáš Sedláček führt in seinem Buch: „Die Ökonomie von Gut und Böse“ aus: „Ich habe noch immer nicht das gefunden, wonach ich giere.“ Er beschreibt unsere Gesellschaft als eine, die nicht nur nicht weiß, wie sie Zufriedenheit erreichen könnte, sondern wo das nicht einmal besonders wünschenswert wäre. Wenn die Ökonomie ihr Ziel verliert, bleibt uns nur noch eines: Wachstum – **ein Wachstum, das nichts kennt als sich selbst,** da es kein Ziel als Maßstab hat. So ein Wachstum ist durch ein Gefühl der Ziellosigkeit mit Sinnlosigkeit und Heimatlosigkeit verbunden. Sedlacek fordert, nicht nur Philosoph/innen und Theolog/innen, sondern auch Ökonom/innen müssten die Frage: „Was ist der Mensch nach unserer Ansicht?“ überdenken. **Wege aus der Krise** müssen sich deutlich von unserer bisherigen Art zu leben und zu wirtschaften entfernen, die nicht nur einzelne Menschen betrifft, sondern die Zukunft der Menschheit massiv bedroht, und sie sind untrennbar mit Sinnfragen verknüpft. In seiner Streitschrift zur Krise: „Anders denken“ schreibt Reinhard P. Gruber: **„Vor uns stehen die Alternativen, nie hinter uns!“** ■

Sie haben sich mehr als ein Danke verdient!



DIE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER POST UND A1 TELEKOM haben einen tollen Job während der Corona-Krisenzeit gemacht und dadurch Großartiges für die Menschen in Österreich geleistet. Beide Unternehmen haben als systemrelevante Einrichtungen den täglichen Dienstbetrieb für die Bevölkerung nicht nur aufrechterhalten müssen, sondern die Kolleginnen und Kollegen der Post haben hunderttausende Pakete von früh bis spät zusätzlich zugestellt. Dafür haben sich die **Personalvertreter/innen der FCG Post & Telekom** im Speziellen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern **bedankt** und auch eine zusätzliche **Corona-Prämie** für die Belegschaft mit den Vorständen **ausverhandelt**. ■

FCG-GPA: Pischinger und Gosch gegen Pensionskürzungen!

45 ARBEITS- UND BEITRAGSJAHRE MÜSSEN EINFACH GENUG SEIN! Anlässlich der Tagung der Alterssicherungskommission unterstreicht die Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft GPA-djp ihre Bestrebungen, den Zugang zur abschlagsfreien Pension nach 45 Arbeitsjahren beizubehalten.



Die im September 2019 beschlossene neue „Hacklerregelung" bedeutet Wertschätzung für die Menschen, die 45 Jahre oder länger gearbeitet und ihre Beiträge in das Pensionssystem geleistet haben. Sie haben sich ihre Pension ab 62 mehr als verdient!", stellt Wolfgang Pischinger, Bundesvorsitzender der FCG-GPA-djp klar und erläutert, dass die Arbeiter und Angestellten mit 89,4% ohnehin einen hohen Deckungsbeitrag im Rahmen ihrer Pensionsversicherung leisten. Entgegen den Aussagen des Vorsitzenden der Alterssicherungskommission Walter Pöltner, will die FCG-GPA-djp die Abschaffung der neuen Hacklerregelung mit Nachdruck verhindern. In der Vergangenheit wurde gerade aus Regierungskreisen oftmals der Leitspruch „Leistung muss sich lohnen" propagiert. Das sieht auch die Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen so, bekräftigt auch der Bundesgeschäftsführer der FCG-GPA Franz Gosch: „45 Arbeits- und Beitragsjahre müssen einfach genug sein!" ■

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs I Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at I Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 I Web: www.fcg.at I ZVR-Zahl: 938 560 454 I Chefredaktion: Mag. Denis Strieder I Fotos: Wenn nicht anders angegeben: FCG, beigestellt.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impressum

FCG STEIERMARK begrüßt den Start der neuen steirischen Internetoffensive

Steirische Regionen brauchen Highspeed und digitale Chancengleichheit

Die Coronakrise bringt zum Thema Digitalisierung der Arbeitswelt Schwachstellen und Fehleinschätzungen aus der Vergangenheit ans Tageslicht.

Die Steirischen Christgewerkschafter (FCG) mit ihrem GF Landesvorsitzenden Peter Amreich fordern jetzt ein rasches Handeln und begrüßt den Start der neuen Internetoffensive für die Steiermark. Ausdrücklich gelobt wird dabei die von Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl entwickelte Breitbandstrategie, welche im Landtag einstimmig beschlossen wurde. Die FCG-Gewerkschafter drängen nun auf eine rasche Umsetzung der Investitionen und appellieren an die Netzbetreiber nunmehr den Ausbau des Breitbandes zu beschleunigen, denn die Internetversorgung der Steiermark braucht einen „highspeed", den Hebel dazu hat die Landespolitik gestern geliefert.

Die Situation war dramatisch: Innerhalb weniger Tage mussten sich die österreichische Wirtschaft und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf neue Arbeitsverhältnisse einstellen. Gerade in den Betrieben, in denen Home-Office eine drohende Kurzarbeit verhindert hatte, war ein schnelles und stabiles Internet von zu Hause gefragt. Wenige Unternehmen hatten jedoch ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schon vor der Krise die Möglichkeit gegeben, Arbeiten von zu Hause zu erledigen. Dementsprechend gab es auch keine fertigen Betriebsvereinbarungen, auch der Unfallversicherungsschutz musste rasch für Heimarbeiter adaptiert werden, um Rechtssicherheit gewährleisten zu können.



Ing. Peter Amreich
Gf. Landesvorsitzender der FCG-Steiermark

Seit Jahren ist der Telekom-Sektor einem massiven Preisdruck ausgesetzt, wodurch Investitionen nur in Ballungszentren vorangetrieben wurden. Das rächt sich jetzt – viele ländliche Regionen haben keine tragfähige Internet-Anbindung, Betriebe und Bevölkerung erleiden hier einen eklatanten Standortnachteil. „Beim Internetausbau wurde viel zu lange zugewartet, vor allem die ländlichen Regionen brauchen mehr digitale Chancengleichheit", so **Peter Amreich, GF FCG-Landesvorsitzender und Betriebsratsvorsitzender der A1 Telekom.**

Schon 2019 wurden von ÖAAB-FCG dementsprechende Anträge in der Arbeiterkammer eingebracht. Ziel: Der Wirtschaft und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktives Home-Office anzubieten.. Schon damals ließen speziell Online-Konferenzen und Down- und Uploads vom Firmenserver so manchen Breitbandanschluss an seine Grenzen kommen – bis heute!

Die FCG Steiermark begrüßt deshalb ausdrücklich die von LR Barbara Eibinger-Miedl erkämpfte Investition von insgesamt 135 Millionen Euro für den Breitbandausbau, fordert nun aber eine Beschleunigung insbesondere von den Netzbetreibern, da der digitale Vollausbau der Steiermark nicht weiter warten kann. „Die Digitalisierung der steirischen Regionen ist ein wesentlicher Beitrag zur Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung auch im ländlichen Raum, so **FCG Bundesgeschäftsführer Franz Gosch.**

Sehr positiv ist die jüngste Initiative von Land Steiermark (SFG) und der Arbeiterkammer, wonach Telearbeitsplätze bis zu € 5.000,- gefördert werden können. „Ein wichtiger Beitrag für neue, flexible Arbeitsmodelle, Voraussetzung bleibt aber ein leistungsfähiger, aber auch leistbarer Internetzugang für alle", so Peter Amreich abschließend! ■

Franz Haberl mit 97,9% wiedergewählt

CORONABEDINGT GAB ES STATT EINES REGIONALFORUMS DER GPA (=Digitalisierungsgewerkschaft) eine elektronische Abstimmung des Landes. Dabei wurde **Franz Haberl mit 97,9 % wiedergewählt** und gemeinsam mit seinen Stellvertretern - Gabriele Winkler, Guido Mauerhofer und Daniela Taferl - für die nächsten fünf Jahre ins Präsidium gewählt.



Franz Haberl
FCG/GPA-djp Vorsitzender

Als Fraktionssekretär der FCG/GPA-djp Steiermark wurde wiederum Ing. Helmut Krivec bestätigt. „Auch in den nächsten fünf Jahren will die FCG/GPA-djp Steiermark in mehreren Bereichen die Themenführerschaft übernehmen und vermehrt auf Weiterbildung ihrer Betriebsräte/innen setzen", sagt Franz Haberl, der wiedergewählte FCG/GPA-djp Vorsitzende. ■

FCG Steiermark fordert für die Zeit nach Corona:

Telefonische Rezeptverschreibung beibehalten!

SEIT BEGINN DER CORONAKRISE IST ES MÖGLICH, Papierrezepte durch elektronische Rezepte zu ersetzen. Oft genügt ein Anruf beim Arzt, der das Rezept dann per eMedikation, eMail oder Fax an die gewünschte Apotheke übermittelt. Der Geschäftsführende Vorsitzende der FCG Steiermark und Arbeiterkammerrat Ing. Peter Amreich fordert die dauerhafte Fortsetzung dieser besonders für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer praktischen Regelung.



Gemeinsam für eine neue und unbürokratische Medikamentenversorgung, BGF LV. Franz Gosch und Gf. LV Ing. Peter Amreich.

„Gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dauerhaft auf ein Medikament angewiesen sind, würde das ein altbekanntes und viel kritisiertes Problem lösen", so Peter Amreich. „Beschäftigte müssen teilweise jeden Monat zum Arzt und in die Apotheke pilgern, um ihre Dauermedikation zu bekommen. Das ist für viele auch eine zeitliche und bürokratische Belastung, die mit der jetzigen Regelung gut gelöst ist." Christgewerkschafter Amreich weist darüber hinaus darauf hin, dass das Warten auf das Rezept in der Ordination unnötige Ansteckungsgefahren birgt, ärztliche Ressourcen blockiert und somit für andere Patienten die Wartezeiten erhöht. Damit ist seit der Corona-Pandemie Schluss, die Maßnahme gilt allerdings nur befristet. Für die Ausstellung eines Rezepts genügt ein Anruf beim Arzt, der dann das Rezept elektronisch an die angegebene Apotheke weiterleitet. In der Apotheke abholen kann das Medikament auch eine Person, die den Patienten und seine Sozialversicherungsnummer kennt.

Unterstützt wird diese Forderung auch von FCG (GPA) Bundesgeschäftsführer Franz Gosch, diese Praxis auch nach der Corona-Krise dauerhaft weiterzuführen ist sinnvoll und bringt Erleichterung für die ohnehin begrenzten Kapazitäten bei den Allgemeinmedizinern. eMedikation und eRezept bieten die technischen Möglichkeiten für eine neue und unbürokratische Medikamentenversorgung. Fragen aus Sicht des Datenschutzes sind lösbar. „Ob und in welchem zeitlichen Intervall der Arzt den Patienten vor Verschreibung eines Medikaments persönlich sehen und untersuchen will, entscheidet weiterhin der Arzt", so Peter Amreich abschließend. ■

FCG-ProGe Steiermark setzt ein Zeichen!

TROTZ COVID-KURZARBEIT AUF ZWEI LINIEN war die Beteiligung bei den Betriebsratswahlen der Arbeiter der Firma Secop Austria Gmbh in Fürstenfeld mit 80% sehr gut. Unser umtriebiger Betriebsratsvorsitzender **Gerald Weber** hat mit seiner Liste fünf der sechs Mandate erringen können.

Einen weiteren großen Erfolg konnte der BRV Gerald Weber gemeinsam mit der FCG-Steiermark mit dem Rückkauf der Delta Linie und den damit verbundenen Arbeitsplätzen in der Region erringen. Aktuell sind noch immer etwa 200 Arbeitsplätze im Fürstenfelder Kommpressorenwerk akut gefährdet, weil die Kappa Linie in die Slowakei verlagert werden soll. Nur gemeinsam können und werden wir uns diesen Herausforderungen stellen, um den Erhalt der Arbeitsplätze zu sichern. ■



BRV. Gerald Weber unermüdlich im Einsatz für seine Kolleginnen und Kollegen

FCG-Steiermark kritisiert „Jobabbau" bei Secop-Mitarbeitern

NIDEC HAT MIT 1. JUNI 2020 WIE VORGESEHEN EINE FERTIGUNGSLINIE im Fürstenfelder Kühlkompressorenwerk von Secop übernommen. Für Aufregung sorgt aktuell allerdings ein geplanter neuer Standort für Verwaltung und F&E. Seit Juni ist Nidec offiziell Eigentümer der Delta-Fertigungslinie im Fürstenfelder Kompressorenwerk. Auch von der EU-Wettbewerbsbehörde gab es grünes Licht.



Hochrangige FCG – ÖAAB Delegation mit Bürgermeister bei Secop/Nidec Fürstenfeld, vlnr BGF LV Franz Gosch, LS Rene Heinrich, BRV. Gerald Weber, Bgm. Franz Jost, Gf. LV KR Ing. Peter Amreich, ÖGB-LV-Stv. KR Franz Haberl, ÖAAB-LGf. KR Günther Ruprecht.

Nun sind rund 90 der knapp 400 Arbeitsplätze in dem oststeirischen Werk gesichert. 40 Mitarbeiter fertigen an der Delta-Linie Kühlkompressoren für Haushaltskühlschränke, rund 50 sind an der Fertigungslinie für Waschmaschinenmotoren tätig. Diese Linie war auch während des jüngsten Secop-Intermezzos weiter von Nidec betrieben worden.

„Damit hängen aber immer noch über 300 Leute in der Luft", sagt Arbeiterbetriebsratsvorsitzender Gerald Weber. Im Werk gibt es noch eine dritte Fertigungslinie (Kappa) – dort stellen etwa 120 Mitarbeiter Kühlkompressoren für Kühlregale her. Secop hält weiter an dem Plan fest, diese Linie im August ins slowakische Schwesterwerk in Zlate Moravce zu verlagern.

Für den Betriebsrat ist die Verlagerung allerdings noch nicht in Stein gemeißelt: „Solange die Maschinen da sind, gibt es eine Chance."

Standort in Gleisdorf oder Graz gesucht

Zu den Produktionsmitarbeitern kommen noch etwa 170 Mitarbeiter in der Qualitätssicherung, Instandhaltung sowie Forschung und Entwicklung. Aktueller Aufreger: Auch die Verwaltung sowie Forschung und Entwicklung (90 Mitarbeiter) wird – voraussichtlich im dritten Quartal des heurigen Jahres – aus Fürstenfeld abgesiedelt. Geprüft werden derzeit Standorte in Gleisdorf und Graz bzw. Raaba. Dort sollen laut einer Secop-Mitarbeiterinformation 45 Angestellte weiterbeschäftigt werden.

Die FCG Steiermark kritisiert diesen Schritt. Im Vorjahr habe Secop noch eine Jobgarantie für die 90 Arbeitsplätze der Konzernzentrale mit F&E in der Steiermark abgegeben. „Mittlerweile ist bloß noch von 45 garantierten Stellen die Rede, 45 Stellen sollen ins Ausland verlagert werden."

Bei Secop erklärt man den „Wegfall" der Jobs so: Manche Mitarbeiter würden an den neuen Standort nicht mitgehen wollen, andere bei Nidec unterkommen. Außerdem habe man coronabedingt Anpassungen vornehmen müssen.

Unmut in Fürstenfeld

In der Stadt Fürstenfeld stößt der Abschied von Secop auf ordentlich Unmut. „Man sieht einmal mehr, dass man Secop nicht vertrauen kann", sagt Bürgermeister Franz Jost. Laut ihm habe das deutsche Unternehmen in der Vergangenheit Zugeständnisse etwa bei der Kappa-Linie nicht eingehalten. Diese hätte nämlich in Fürstenfeld bleiben sollen, sagt Jost, der sich weiter um die Erhaltung der Linie einsetzen möchte. Angesichts des nun bevorstehenden Personalabbaus zeigt sich der Bürgermeister froh darüber, dass mit Nidec nun aus seiner Sicht auf „das richtige Pferd" gesetzt wurde.

Hälfte der Jobs fällt weg

In einer zehnmonatigen Übergangsfrist arbeiten nun die 90 von Nidec übernommenen Mitarbeiter im Rahmen eines Abkommens auch für Secop. Nach Ende der Frist geht man bei Secop und auch vonseiten des Betriebsrats davon aus, dass, so noch weitere Mitarbeiter von Nidec übernommen werden, Jobs für bis zu 190 Mitarbeiter gesichert sein könnten. Gut die Hälfte der 387 Arbeiter und Angestellten würde somit den Arbeitsplatz verlieren. ■

Steirische Christgewerkschafter sehen ein langjähriges Anliegen umgesetzt!

Wirte-Paket bringt auch Erhöhung der steuerfreien Essensgutscheine für Arbeitnehmer!

DIE CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFTER BEGRÜSSEN DAS AM MONTAG VORGESTELLTE WIRTE-HILFSPAKET: „Hier werden wirksame Maßnahmen gesetzt, um den Fortbestand der Gastronomiebetriebe zu gewährleisten und die Existenzgrundlagen der Inhaber und MitarbeiterInnen zu sichern", so Peter Amreich, geschäftsführender Landesvorsitzender der FCG Steiermark.

Das Förderpaket ist 500 Millionen Euro schwer, aber diese Maßnahmen werden erst wirksam, wenn auch die Umsätze in der Gastwirtschaft wieder richtig anspringen. Hierzu wurde auch eine Maßnahme gesetzt, mit der nun eine langjährige Forderung von ÖAAB und FCG in die Tat umgesetzt wird. „Wir sind hoch erfreut, dass sich unsere Bemühungen für die Erhöhung der steuerfreien Essensgutscheine gelohnt haben", so Christgewerkschafter Amreich.

Im Rahmen des Wirte-Hilfspakets wurde der steuerbefreite Rahmen für die von vielen Arbeitgebern bereit gestellten Essens-Gutscheine für Mahlzeiten in den Gastwirtschaften von 4,40 Euro auf 8 Euro pro Arbeitstag angehoben. Ebenfalls sind die Steuerfreigrenzen für Lebensmittelgutscheine von 1,10 Euro auf 2 Euro pro Arbeitstag erhöht worden. „Wichtig ist, dass hier ein Schritt in die richtige Richtung gesetzt wurde, um für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben diese Steuerfreigrenzen zu ermöglichen. Wir werden uns jetzt an die Betriebe wenden und appellieren an die Arbeitgeber, ihren Etat für betriebliche Sozialleistungen bei Essensgutscheinen auf das neue steuerfreie Ausmaß zu erhöhen, um so ihre Belegschaft zu fördern und den Konsum bei den Gastwirten zu erhöhen", so Amreich abschließend. ■

FCG STEIERMARK
Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen & Gewerkschafter im ÖGB und der AK
Vorrang Mensch!



AK hilft: 10-Millionen-Euro-Paket für Corona-Unterstützung für die Mitglieder

Auf Anregung von FCG-ÖAAB wird die AK Wien ein Hilfspaket für Mitglieder schnüren.

Die Corona-Krise trifft viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hart. Besonders schwer haben es diejenigen, deren Gehälter oder Löhne nicht ausbezahlt werden: Sie haben weiter ihre laufenden Kosten, bekommen aber bisher keine Unterstützung, weil sie nicht arbeitslos sind. Genau diesen Mitgliedern wird die AK Wien nun mit einem 10-Millionen-Paket helfen.

Mitglieder der AK Wien werden rasch Überbrückungskredite in Höhe der ausstehenden Entgelte erhalten. Bislang mussten die Betroffenen bis zum Urteil monatelang, in manchen Fällen jahrelang auf ihr Geld warten, wenn Arbeitgeber Löhne und Gehälter nicht bezahlt haben. Der Einkommensverlust muss in diesen Fällen durch Ersparnisse, falls vorhanden, oder Kredite ausgeglichen werden.



Fritz Pöltl
AK-Fraktionsobmann (FCG-ÖAAB)

„Mit unserem 10-Millionen-Paket werden wir den betroffenen Mitgliedern rasch und unbürokratisch helfen können", sagt AK Präsidentin Renate Anderl. Die Arbeiterkammer schätzt, dass in einem Jahr bis zu 10 Millionen Euro an die Mitglieder fließen werden.

„Ich bin sehr froh, dass die Arbeiterkammer Wien ein Hilfspaket für die Mitglieder geschnürt hat", sagt der FCG-ÖAAB-Fraktionsvorsitzende Fritz Pöltl, der die Initiative für dieses gemeinsame Projekt gesetzt hat.

Am 20. Mai hat der Vorstand der AK Wien das Corona-Unterstützungspaket beschlossen. Die AK Wien wird nun sehr rasch das genaue Prozedere und die Kriterien festlegen, wie man zur Unterstützung kommt, und die AK Mitglieder danach informieren. ■

www.finanzpartner.erstebank.at www.erstebank.at

Willkommen bei uns.

Hier finden Sie die beste Lösung für Ihre Geldangelegenheiten.

Exklusiv für FCG vida

Wir bieten Ihnen das Neukunden-Paket mit attraktiven Angeboten und exklusiven Sonderkonditionen für:
• s Komfort Konto • s Kreditkarte • s Komfort Sparen • s Wohn Kredit • s Autoleasing • Wertpapiere



Franz Boigner
Betriebsbetreuer
Tel. 05 01006 - 16438
franz.boigner@erstebank.at

FINANZ PARTNER

ERSTE BANK
Was zählt, sind die Menschen.

FCG-Frauen Wien

Wie wir den Lockdown erlebt haben

Was wünschen wir uns von den EntscheidungsträgerInnen? Was können wir aus der Pandemie lernen?

Seit vielen Wochen hält nun die Corona-Pandemie die ganze Welt in Atem. Kein Tag vergeht, an dem nicht in irgendeiner Form davon die Rede ist. Die türkis-grüne Bundesregierung bemühte sich nach Kräften, die Lage unter Kontrolle zu halten und für die Bevölkerung das Beste herauszuholen.

Niemand von uns war je mit einem derartig gesundheitsbedingten Ausnahmezustand konfrontiert. Es ist durchaus begreiflich, dass man aufgrund alarmierender Zahlen aus Asien und dem europäischen Umfeld beschlossen hat, Österreich in einen Lockdown zu führen.

Die leeren Regale nach den Hamsterkäufen zu Beginn des Lockdowns, gesperrte Grenzen und unterbrochene Handelswege legen ein beredtes Zeugnis ab, wie globalisiert unsere Welt ist und wie abhängig wir vom Nachschub aus dem Ausland, insbesondere aus Asien, sind.

Besonders im medizinischen Umfeld und im Pflegebereich war der Vorrat an Schutzkleidung und MNS-Masken rasch aufgebraucht. Der dringend benötigte Nachschub langt nur sehr zögerlich ein.

Am Beginn der Corona-Krise war schließlich für die Vorgesetzten in Spitälern eine herausfordernde Zeit. Von jetzt auf gleich, musste im Krankenbereich für die Umsetzung von zusätzlichen Hygienemaßnahmen gesorgt werden: für PatientInnen, Pflegepersonal, ÄrztInnen sowie weiteres medizinisches und nicht medizinisches Personal.

Um künftig im Vorfeld besser auf gesundheitlich bedingte Notlagen vorbereitet zu sein, wird man dafür Sorge tragen müssen, dass ausreichend Ressourcen für eine rasche Auswertung zur Verfügung stehen.

Auch in anderen stark betroffenen Branchen, wie beispielsweise im Lebensmittelhandel und in der Gastronomie, kann das Einhalten neuer Hygienestandards sowie die Beschaffung von ausreichend Mund-Nasen-Schutzmasken, Desinfektionsmittel, Hilfsmittel zur Abstandhaltung und Ähnliches nur mit enormen Kosten und Zeitaufwand bewältigt werden.

In vielen Unternehmen mussten schnell Entscheidungen getroffen werden, wie es mit dem Personal weitergehen sollte. Nicht jede Firma konnte es sich leisten, ihre MitarbeiterInnen in die Kurzarbeit zu schicken. Dadurch waren ArbeitgeberInnen gezwungen, Personal abzubauen. Bis wann wir wieder den Stand an Beschäftigten wie vor der Krise erreichen, ist zurzeit nicht absehbar!

Eine große Veränderung im gewohnten Alltag erfuhren auch Österreichs SchülerInnen. Das Umstellen des Unterrichts auf Home-Schooling stellte nicht nur die SchülerInnen, sondern auch LehrerInnen, Schulen und Eltern vor große Herausforderungen. Die Hauptlast der „Stay Home-Bewegung“ wurde und wird auf längere Sicht von Österreichs Frauen getragen. Ob es sich um die Haushaltsführung, das Lernen mit den Kindern und das Bewahren des häuslichen Friedens handelt: vieles ist plötzlich vieles wieder Frauensache!

Im Zuge der Umstellung auf Home-Schooling musste man weiters feststellen, dass noch nicht alle Haushalte im digitalen Zeitalter angekommen sind. Es erforderte einigen logistischen Aufwand, alle SchülerInnen einer Klasse beim Distance-Learning ins Boot zu holen, da einigen Kindern weder Telefon noch Computer zu Hause zur Verfügung standen.

Die größte Herausforderung für die EntscheidungsträgerInnen an den Schulen stellte die unklare Lage im Bildungsbereich dar. Von den KollegInnen als auch von den SchülerInnen kamen laufend Fragen nach dem „Wie geht es weiter?“ Die Lehrpersonen wurden wiederum von den Vorgesetzten und der Politik zu spät und nicht in vollem Umfang bei entscheidenden Punkten wie Notengebung, Schularbeiten und dem Aufsteigen mit „Nicht genügend“ informiert. Eine weitere Herausforderung im Bildungsbereich stellte die Organisation des Home-Schoolings für unterschiedliche Klassen, sowie der Umfang der vielen Korrekturen dar.

Auch die letzten Ankündigungen via Pressekonferenz, dass die Maskenpflicht in den Schulen in der ersten Juniwoche wegfällt, kam für jene Schulen, die erst mit Juni aufsperrten, zu spät. Die Plakate, mit denen auf die Maskenpflicht hingewiesen wird, waren natürlich bereits gedruckt und zum Aushang gebracht worden.

Wünschenswert wäre, dass die Politik auch in Zeiten der Krise versucht, offene Punkte und Details zu klären, bevor man damit an die Öffentlichkeit tritt. Eltern und SchülerInnen sind verunsichert, wenn sie etwas aus den Medien hören, das Lehrpersonal aber nichts Genaues sagen kann, weil sie ihr Wissen auch nur aus den Medien beziehen. LehrerInnen sollten mit mehr

Unterstützung ihres Arbeitgebers rechnen können. Dabei sollte auf keinen Fall mit verschiedenen Maßstäben in Bezug auf Abstandsregeln und Masken gemessen werden.

Was sich die ArbeitnehmerInnen außerhalb der „systemrelevanten Berufe" von den Verantwortlichen in der Politik wünschen ist, dass diese begreifen, dass man nicht überfallsartig Schulen und Kindergärten schließen kann. Denn dann hängen vor allem Eltern mit kleineren Kindern in der Luft, selbst wenn sie in Kurzarbeit sind. In der Praxis hat sich gezeigt, dass das Arbeiten im Home-Office trotz Kurzarbeit kein Vergnügen ist, wenn die ganze Familie zu Hause ist.

Was wir uns alle wünschen: Gesund zu bleiben und dass sich die Lage wieder normalisiert, damit wir halbwegs den Stand vor der Krise erreichen. Glücklich können jene sein, die nach dem Lockdown einen Job haben und morgen noch ihre Ausgaben decken können.



Linda Lindinger
geschäftsführende
Frauenvorsitzende

Was wir uns jedoch nicht wünschen ist eine zweite Welle der Pandemie oder neue Krisensituationen. Dafür braucht es aber durchdachte Pläne für Katastrophenfälle, damit kein Chaos entsteht und ausreichend Schutz für alle gegeben ist.

Menschenleben stehen über den Kosten! Deshalb wäre es angebracht sicherzustellen, dass eine Grundausstattung an Medikamenten, Schutzmasken und Desinfektionsmitteln in Österreich produziert und eingelagert wird, auf die im Notfall sofort zugegriffen und die bei Bedarf beliebig erweitert werden kann.

Was uns die Corona-Krise mit Sicherheit gezeigt hat ist, dass wir in Österreich einen Nachholbedarf bei der Digitalisierung haben. Erstaunlich ist, dass plötzlich Dinge möglich sind, die vorher undenkbar waren - wie zum Beispiel das e-Rezept, das es ermöglicht, Medikamente über die e-card direkt bei den Apotheken zur Abholung durch die Patienten bereitzustellen.

Weiters regen wir an, künftig mehr Geld und Ressourcen in die „digitale" Bildung zu investieren und damit die Aus - und Weiterbildung aller ArbeitnehmerInnen zu gewährleisten.

Bleiben Sie gesund und guten Mutes! ■

Illegale Ladenöffnung am Sonntag ist kein Kavaliersdelik

AK-FRAKTIONSOBMANN FRITZ PÖLTL (FCG-ÖAAB): „Wenn österreichische Gesetze derart ignoriert werden, muss einfach noch härter gestraft werden!"

Am Sonntag, den 10. Mai, sind Mitarbeiter des Büros für Sofortmaßnahmen der Stadt Wien und des Marktamtes gezielt gegen illegale Ladenöffnungen an Sonntagen vorgegangen. Das erschreckende Ergebnis: Von den 58 kontrollierten Betrieben hatten tatsächlich alle ihr Geschäft illegal geöffnet gehalten. Fritz Pöltl, Vorsitzender der AK-Fraktion FCG-ÖAAB: „Das sind keine Kavaliersdelikte mehr, die man vielleicht übersehen kann. Das sind ernsthafte Verstöße gegen unsere Rechtsordnung und außerdem eine echte Zumutung gegenüber unseren seriösen Kaufleuten."

Arbeitsfreier Sonntag

Für die illegale sonntägliche Öffnung hagelte es in allen kontrollierten „Klein-Supermärkten" Anzeigen nach dem „Öffnungszeitengesetz". Es mussten aber auch 173 Anzeigen wegen weiterer Verstöße, darunter auch zahlreiche gegen Covid-19 Schutzmaßnahmen, erstattet werden. Die Kundinnen und Kunden drängten sich teilweise in den Geschäften ohne Mund-Nasen-Schutz. Wiederholungstäter müssen zwar jetzt mit hohen Verwaltungsstrafen rechnen, doch meist meldet man dann das Gewerbe auf eine andere Person an, um sich die Strafen zu ersparen. Fritz Pöltl: „Wenn österreichische Gesetze derart ignoriert werden, muss einfach noch härter gestraft werden! In dieselbe Kerbe schlägt auch FCG GPA-djp Wien Vorsitzender Peter Gattinger: „Der arbeitsfreie Sonntag ist fix in unseren Gesetzen und unserer Kultur verankert, da gibt es keine Grauzonen – für niemanden."

Verstärkte Überprüfungen

Die Kontrollen seien auch wichtig, um dem immer stärker werdenden Wildwuchs an offenen Geschäften am Sonntag endlich energisch entgegen treten zu können, meinen Pöltl und Gattinger unisono. Die Kontrollen in den ohnehin meist amtsbekannten Betrieben sollten außerdem gemeinsam mit der Polizei wegen der gefährlichen Verstöße gegen Covid-19 Schutzmaßnahmen weiter verstärkt werden, verlangen sie. ■

Interview mit Thomas Rasch, FCG-Wien-Landesvorsitzender

Lieber Thomas, die aktuelle Corona-Krise sorgt für einigen politischen Handlungsbedarf – welche Maßnahmen sind jetzt besonders wichtig?

Vielen Dank für diese Frage, hier ist vor allem die Kurzarbeit positiv zu erwähnen. Die Kurzarbeit muss weiter ausgedehnt werden, wenn nötig bis 2021. Dabei muss jedoch genau darauf geachtet werden, dass beide Seiten, die Arbeitnehmer/innen und der Arbeitgeber, profitieren. Was nicht passieren darf, dass nach Kurzarbeit trotzdem eine Kündigungswelle eintritt.

Mit Blick auf die Kurzarbeit muss auch sichergestellt werden, dass jene Unternehmen, die Kurzarbeit ausnutzen, um ihre Budgets aufzubessern, mit aller Härte zur Strafe herangezogen werden.

Es sind viele wichtige Maßnahmen gesetzt worden, wie die Sonderbetreuungszeit für Kinder unter 14 Jahren im Ausmaß von insgesamt bis zu drei Wochen.

Besonders wichtig war die großflächige Umsetzung von Home-Office. Für eine Umlegung dieser Ausnahmesituation in eine Dauerlösung bedarf es jedoch genauerer gesetzlicher Regelungen. Vor allem muss gewährleistet sein, dass Home-Office nur mit einer Betriebsvereinbarung eingeführt werden kann.

Worauf muss bei Home-Office geachtet werden?

Hinsichtlich dem Thema Home-Office stellen sich mehrere Fragen. Angefangen vom Arbeitnehmerschutz, also wie ist der Arbeitsplatz ausgestaltet, bis zu wer zahlt die Betriebsmittel wie WLAN, Computer, Strom- und Heizungskosten oder sogar



das Klopapier? Die Einsparungen in diesen Bereichen können nicht auf Kosten der Arbeitnehmer/innen erfolgen. Ich bin schon gespannt, was die Leute sagen werden, wenn z.B. bei der Jahresabrechnung die Stromkosten in die Höhe geschnellt sind und saftige Nachzahlungen und Anhebungen der Teilzahlungen erfolgen, weil sie zu Hause waren. Auch die Betriebskosten müssen betrachtet werden.

Welche Rolle hat hier die Stadt Wien?

Die Betriebskosten-Treiber sind eindeutig die Betriebe der Stadt Wien, dies inkludiert Strom, Wasser, Abwasser, Heizkosten. Diese können größtenteils nicht ausgesucht werden. Wien hat auch durch dieses Geld der Bürgerinnen und Bürger erstmals ein ausgeglichenes Budget. Wir brauchen dringend einen Stopp der Gebührenerhöhungen, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter die Arme zu greifen!

Stichwort Sonntagsöffnung in Wien – welchen Standpunkt vertritt die FCG Wien diesbezüglich?

Jetzt ist sicherlich die Zeit, in der dazu angeregt wird, noch mehr einkaufen zu gehen, aber eines muss klar sein – der Sonntag muss arbeitsfrei bleiben! Es gibt natürlich einige Berufsgruppen, die am Sonntag arbeiten müssen. Das ist auch richtig so, allerdings ist es nicht notwendig, dass Einkaufszentren am Sonntag aufsperren - denn hierdurch werden weder der Umsatz noch die Beschäftigung erhöht.

Möchtest du unseren Leserinnen und Lesern noch etwas mit auf den Weg geben?

Bleibt gesund, haltet Abstand! Das ist noch immer wichtig, tragt auch, wo es geht, den Mund-Nasen-Schutz, aber vor allem in den öffentlichen Verkehrsmitteln! Nehmt es bitte nicht zu locker, es ist noch nicht vorbei und was wir nicht wollen ist eine zweite Welle. Die ist schlecht für die Wirtschaft, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Gesundheit. Abschließend möchte ich noch festhalten, dass die Sozialpartnerschaft in der Krise in vielen Bereichen sehr gut zusammengearbeitet hat, insbesondere zwischen der Bundesregierung und der FCG herrscht ein gutes Einvernehmen. Die Sozialpartnerschaft bringt allen was – vielleicht ist diese Erkenntnis der große Gewinn aus COVID-19. ■

Im Einsatz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: die Ansprechpartner der FCG NÖ

FCG NÖ Sekretariat

AK Platz 1, 3100 St. Pölten,
Tel.: 02742/266 5529 119,
e-Mail: fcg.noe@fcg.at



Kerstin Pichler
Sekretariat FCG NÖ
kerstin.pichler@fcg.at



Sonja Hofbauer
Sekretariat des Vorsitzenden
sonja.hofbauer@goed.at



Bds.Rat a.D. Reg. Rat Alfred Schöls
Landesvorsitzender
alfred.schoels@goed.at



Friedrich Busslehner
Landesvorsitzender-Stv.
friedrich.busslehner@netz-noe.at



BRV Friedrich Seiser
Landesvorsitzender-Stv.
friedrich.seiser@krausnaimer.com



BRV KR Thomas Buder
Landesvorsitzender-Stv.
thomas.buder@agrana.com



Doris Hofmann
Landesvorsitzender-Stv.
pv.bezirk.zwettl@gmail.com



Mag. Gabriele Koubek
Landesvorsitzender-Stv.
gabriele.koubek@noe.hilfswerk.at



KR Mag. Martin Pohnitzer, MBA
Landessekretär
martin.pohnitzer@aknoe.at



LS KR Harald Sterle
Organisationsreferent u. Vorsitzender der NÖAAB-FCG AK Fraktion
harald.sterle@goed.at



Dipl.Päd. Helga Kittenberger
Frauenvorsitzende
helga.kittenberger@hotmail.com



Mag.ª Veronika Höfenstock
Jugendvorsitzende
veronika.hoefenstock@noel.gv.at



KR Paul Strunz
Finanzreferent
paul.strunz@oegk.at



HR Mag. Günther Gronister
Pensionistensprecher
guenther.gronister@my.goed.at

FCG-NÖ Landesvorsitzende und FCG-Sekretäre/innen der Fachgewerkschaften

Gewerkschaft vida

Johann-Böhm-Platz 1
1020 Wien
Tel.: 01/53444-79481



BRV Thomas Svejda
Vorsitzender
thomas.svejda@brantner.com



KR Fritz Pöltl
Bundessekretär
friedrich.poeltl@vida.at

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Julius Raab-Promenade
27/1/2.Stock,
3100 St. Pölten
Tel.: 02742/351616



Bds.Rat a.D. Reg. Rat Alfred Schöls
FCG NÖ-Vorsitzender
alfred.schoels@goed.at



KR Harald Sterle
Landessekretär
harald.sterle@goed.at



BR Bruno Mölzer
Ltd. Sekretär
bruno.moelzer@goed.at

Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier

Gewerkschaftsplatz 1
3100 St. Pölten
Tel.: 05/0301-22000



ZBR BRV Friedrich Busslehner
Vorsitzender
friedrich.busslehner@netz-noe.at



Mag. Markus Hiesberger
Fraktionssekretär
markus.hiesberger@gpa-djp.at



Elvira Peter
Regionalsekretärin
elvira.peter@gpa-djp.at



Sonja Pöchhacker
Sekretariat
sonja.poechhacker@gpa-djp.at

younion - Die Daseins-gewerkschaft

Laudongasse 16
1080 Wien
Tel.: 0660/2006205



Monika Pökl
Vorsitzende
monika.poekl@younion.at

Gewerkschaft der Post- und Fernmelde-bediensteten

Steinheilgasse 1, 1210 Wien
Tel.: 0664/6244538



KR Andreas Soretz
Vorsitzender
andreas.soretz@post.at



Roswitha Rosenbaum
FCG Sekretariat
roswitha.rosenbaum@post.at

Gewerkschaft Bau-Holz

Johann-Böhm-Platz 1
1020 Wien
Tel.: 0664/3813487



Richard Dragosits
Vorsitzender
richard.dragosits@gbh.at

PRO-GE

Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien
Tel.: 01/5344469-145



BRV Friedrich Seiser
Vorsitzender
friedrich.seiser@krausnaimer.com



Mag. Herbert Böhm
Fraktionssekretär
herbert.boehm@proge.at



Patrick Christian Bauer
Abt. Arbeitstechnik, Gesundheit
patrick.bauer@proge.at

FCG- Landesvertretungsvorsitzende im Öffentlichen Dienst



Ing. Hans Peter Mimra
Vorsitzender Land- & Forstwirtschaft, Umwelt- u. Wasserwirtschaft
hans-peter.mimra@noel.gv.at



Dipl. Päd. Christian Rametsteiner
Vorsitzender Pflichtschullehrer/innen
christian.rametsteiner@bildung-noe.gv.at



Andrea Summer
Vorsitzende Finanz
andrea.summer@bmf.gv.at



Wolfgang Hammerl
Vorsitzender Bundesheergewerkschaft
wolfgang.hammerl@aon.at

FCG- Landesvertretungsvorsitzende im Öffentlichen Dienst



Christoph Krachtus
Vorsitzender
Hoheitsverwaltung
christoph.krachtus@polizei.gv.at



Martin Edlinger
Vorsitzender
Wirtschaftsverwaltung
martin.edlinger@bev.gv.at



Robert Kugler
Vorsitzender
Unterrichtsverwaltung
robert.kugler@bildung-noe.gv.at



Margarete Gerhartl
Vorsitzende Justiz
margarete.gerhartl@justitz.gv.at



HR Mag. Günther Gronister
Vorsitzender Pensionistinnen / Pensionisten
guenther.gronister@my.goed.at



Dipl. Päd. Regina Pribitzer
Vorsitzende
Landwirschaftslehrer/innen
regina.pribitzer@my.goed.at



Ing. Franz Pleil
Vorsitzender
BerufsschullehrerInnen
franz.pleil@lbsmistelbach.ac.at



Dipl. Ing. Martin Weihs
Vorsitzender
Kammern u. Körperschaften
martin.weihs@neunkirchen.lk-noe.at



Mag. Eva-Maria Teimel
Vorsitzende
AHS-Gewerkschaft
eva.teimel@oepu.at



Mag. Johann Zöhling
Vorsitzender
Landesverwaltung
johann.zoehling@noel.gv.at



Eduard Böhm
Vorsitzender
Gesundheitsgewerkschaft
eduard.boehm@mistelbach.lknoe.at



Mag. Waltraud Ehmayr
Vorsitzende BMHS-Gewerkschaft
e.ehmayr@eduhi.at



Günter Lameraner
Vorsitzender
Polizeigewerkschaft
lameraner@kdeoe.at



Wilhelm Terler
Vorsitzender
Justizwachegewerkschaft
wilhelm.terler@justiz.gv.at



Robert Scherz
Vorsitzender
Öffentlicher Baudienst
robert.scherz@noel.gv.at